

Neuer Fortschritt in diesem Sinne erfordert das Primat der Politik. Die Märkte müssen wieder besser eingebettet sein und positive gesellschaftliche Zwecke erfüllen. Das Pendel der SPD schwingt leicht von einer eher »marktfreundlichen« zu einer »marktskeptischeren« Politik. Klar ist jedoch, dass es auch weiterhin gilt, den Innovationsmechanismus des Marktes zu fördern – ihn aber gleichwohl verteilungs- und sicherheitstechnisch zu hinterfragen. Und zwar ex post, aber auch präventiv. Eine Politik, die die destruktiven Kräfte der Märkte im Interesse der Mehrheit bekämpfen will, muss immer mehr sein als nur Regulierung der Märkte. Hierzu ist eine positive industrie- und dienstleistungsbezogene Wachstumsstrategie notwendig.

Bei der Analyse der programmatischen Neujustierungen der SPD finden wir eine besonnen agierende Partei vor. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie keine grundlegenden Verschiebungen vorgenommen hat; weder ist sie auf die Politik der Grünen

noch der Linkspartei eingeschwenkt, noch hat sie sich, vielen Vorwürfen zum Trotz, christdemokratisiert. Sie hat sich vielmehr darum bemüht, zum Kern ihres Selbstverständnisses zurück zu pendeln, gleichzeitig aber eine Brücke zwischen ihrer Politik des Dritten Weges und den neuen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen zu schlagen. Dabei verteidigt sie unaufgeregt ihre Deutung von Aufstieg, Emanzipation und Fortschritt. Der Weg zu dieser Strategie ist ausdrücklich nicht durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gekennzeichnet, sondern durch eine inklusive Arbeitsgesellschaft, deren gesellschaftliche Integrationsperspektive durch Arbeit erfüllt wird. »Wir sind die Partei der Arbeit und tragen deshalb eine besondere Verantwortung«, so der arbeitsmarktpolitische Leitantrag. Dass die SPD bereit ist, sich dieser Verantwortung zu stellen, zeigen die Beschlüsse des Berliner Parteitag. Gut möglich, dass nun auch das Pendel der Wählergunst zur SPD zurückschwingt. ■

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Wo bleibt die Empörung?

Zwei Millionen mal hatte sich die Alarmschrift *Indignez vous!* des uralten Stéphane Hessel innerhalb weniger Wochen in Frankreich verkauft. Aber als die Strategen der Protestbewegung im November vergangenen Jahres zur Besetzung des Geldquartiers »La Defense« aufriefen, fand sich unter den Türmen des französischen Manhattan kaum ein halbes Tausend junger Leute ein. Die Polizei demontierte ein Dutzend Zelte. Das war alles.

Warum die lasche Reaktion im Land des Ursprungs der Empörung gegen die »internationale Diktatur der Finanzmärkte«, zu der Hessel, der französische Exdiplomate deutscher Herkunft, mit der Freiheit des Alters aufgerufen hatte? In Spanien zo-



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

gen mehr als 500.000 Menschen durch die Straßen, in Italien immerhin einige zehntausend. Fast die Hälfte der jungen Spanier ist ohne Arbeit – aber das trifft auch für fast 20 % der jungen Franzosen zu. Das Motiv der Italiener war klar: Sie wollten den Großclown Berlusconi zum Teufel jagen. In Tel Aviv indes belagerten Hundert-

tausende das Zentrum der Stadt, um den wuchernden Miet- und Immobilien-Preisen Einhalt zu gebieten. In Griechenland protestierten die Bürger gegen die würgen-den Sparmaßnahmen. Die Deutschen aber ängstigten sich lieber zuhause um ihr Geld – eine Grundfurcht, die durch eine Medien-Kampagne von apokalyptischer Hysterie täglich wach gepeitscht wurde, in Wirklichkeit haben unsere Landsleute für die Rettung Griechenlands bisher »nur« viele Millionen Zinsen eingestrichen. Auf die Straße gingen sie, aus Gewohnheit, gegen die Castor-Transporte und, versteht sich, gegen »Stuttgart 21«.

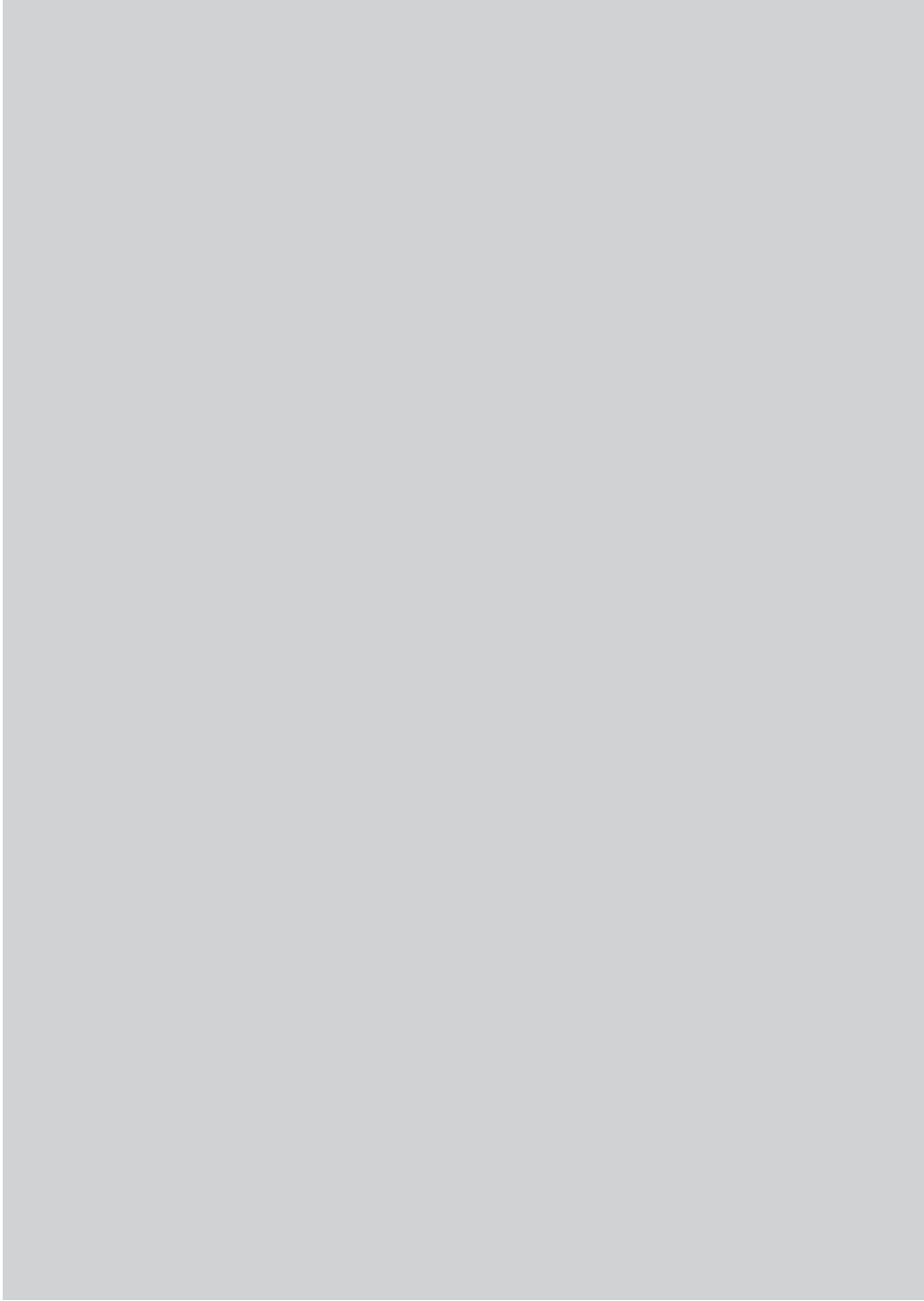
Zielgerichtet reagierte die junge Heerschar der »Occupy Wallstreet«-Bewegung, die das Zentrum des internationalen Kampfkapitalismus trotz Eis und Schnee und permanenter Bedrängung durch die Polizei an die zwei Monate belagerte. Sie fand die Unterstützung der Gewerkschaften, die neue Kürzungen der Sozialausgaben, von der republikanischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus angedroht, nicht protestlos hinnahmen. Die junge Mannschaft aber strebte nicht nur eine Transaktionssteuer von 1% auf Kapital- und Aktien-Manöver an (die in den amerikanischen und britischen Hauptquartieren der Spekulation so erbittert verdammt wird, als würde – weil er nicht länger unantastbar wäre – der Kapitalismus schlechthin außer Kraft gesetzt). Arbeitsgruppen der »Occupy Wallstreet«-Bewegung sollen neue Konzepte fürs Zusammenleben der Amerikaner entwerfen – ohne ideologischen Ballast von Links oder Rechts.

Manche der Engagierten sind pragmatisch genug, die Mächtigen durch simple Aktionen (wenigstens partiell) in die Knie zu zwingen. Zum Beispiel: Die Bank of America verfügte im September, dass sie die Nutzer der Girokarten von Jahresbeginn an monatlich mit fünf Dollar belasten werde – es sei denn, sie hätten mehr als

20.000 Dollar auf ihrem Konto. Kristen Christian, eine junge Galeristin in Los Angeles, sah nicht ein, dass die großen Kunden geschont würden und die kleinen leiden sollten. Kurzerhand erklärte sie via Facebook den 5. November zum »Bank Transfer Day«. Das Wunder geschah: 650.000 Menschen überwiesen 4,5 Milliarden Dollar an eine der Genossenschaftsbanken. Die Bank of America zog ihre Verfügung zurück. Auch die Großbanken JP Morgan und Wells Fargo korrigierten Sonderbelastungen der kleinen Kunden.

Erinnert man sich, mit welcher kaltschnäuzigen Ruchlosigkeit einst die Deutsche Bank ihre Kleinklienten in die zweit-rangige Bank 24 auszugliedern versuchte? Dass die Dresdner Bank (unseligen Angedenkens) im Begriff war, ihre Kunden mit ähnlichen Unverschämtheiten zu drangsaliieren? Jene Idioten lebten nicht lang. Die Deutsche Bank aber betrachtete auch hernach das normale Kundengeschäft nur noch als einen Nebenerwerbszweig, und sie stieg, unter Josef Ackermann, zur größten Spekulationsbank diesseits und jenseits des Atlantiks auf: Herrin des mithin gefährlichsten Haifisch-Rudels in den Geldmeeren. Einer der Nachfolger des energischen Eidgenossen, der schließlich an seinem Machtbewusstsein gescheitert ist, wurde der Londoner Chefstrategie der spekulativen Operationen des Hauses. Die Belange der kleinen und mittleren Kunden sind nur »peanuts« für das gigantische Institut. Dennoch würde es den Ruf der Bank kaum mehren, wenn eine deutsche Kristen Christian an die bürgerlichen Klienten der Großbank appellierte, ihr bisschen Geld lieber einer Genossenschaftsbank oder einer Sparkasse anzuvertrauen.

Das wäre eine pragmatische Alternative zu einer Besetzung des Frankfurter Finanzdistriktes. Freilich, auch mancher brav-deutsche Sparkassen-Direktor konnte einst dem Spekulationssoß nicht wider-



stehen. Freilich blamierten sich nur wenige bis auf die Knochen, die (fast alle) Dirigenten der Landesbanken, deren Milliarden-Abenteuer jeden griechischen Finanzartisten wie ein Monument der Solidität erscheinen lassen. Sie – die Vorstände und ihre Aufsichtsräte – haben die Geldbeutel der deutschen Steuerzahler geplündert. Unsere ehrenwerten Landsleute waren es – nicht die Griechen oder die Italiener. Der Volkszorn hat die schludrigen Hochstapler geschont. Den schürte dafür die *Bild-Zeitung* – scharf an der Grenze zum Kollektivhass – gegen das »südländische Gesindel«.

Dieser Hinweis darf als Mahnung an unsere *praeceptores mundi* verstanden werden. »Man spricht wieder deutsch in Europa«? Das dürfte kein schwäbischer Provinz-Politruk in die Welt trompeten, für den das Hochdeutsche (hörbar) die erste Fremdsprache war. Seine Art von

Deutsch versteht man in Europa allzu gut. Man frage Stéphane Hessel, der in seiner Zornesepistel den Geist der Résistance gegen das nazistische Deutschland beschwört.

Was das Vertrauen in die Partner einer Euro-Solidargemeinschaft angeht: Will Frau Merkel riskieren, dass man in Paris oder Brüssel ungemütlich nach dem Geschick unserer Landesbanken-Elite fragt? Sitzt auch nur einer der Verantwortlichen, der die deutschen Steuerzahler um Abermilliarden geschädigt hat, hinter Gittern, wie es Spekulant zukäme, die anderer Leute Geld verschleuderten? Nichts dergleichen. Schon darum ist im Kanzleramt die Bereitschaft zum Vertrauen in die europäischen Schicksalsgenossen geboten, die an der Spitze unserer Landesbanken vermutlich gewissenhafter gewirtschaftet hätten. Ein durch seinen Hochmut isoliertes Deutschland könnte die Empörung der Nachbarn zu spüren bekommen. ■

Thomas Meyer

Willi Eichler und die Ethische Revolution

Gegen Ende des vergangenen Jahres gedachten wir des 40. Todestages Willi Eichlers. Ein Anlass, die fortwirkend inspirierende, vielleicht aktueller denn je gewordene Botschaft des »Vaters des Godesberger Programms« und Mitherausgebers der ersten Generation dieser Zeitschrift in Erinnerung zu rufen. Sie ist in grundlegenden Fragen auch weiterhin eine hilfreiche Orientierung für soziale Demokratie, droht aber in Vergessenheit zu geraten.

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de



haben das Godesberger Programm der SPD von 1959 erst möglich gemacht. Sie enthalten auch die Lösung für das Problem der Verständigung von Menschen verschiedener religiöser und kultureller Identität auf die Grundlagen gemeinsamen sozialen und politischen Handelns. Eichler gelangte zu ihnen in einem langen Prozess der selbstkritischen Reflexion der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. 1896 geboren, war er seit 1922

Willi Eichlers Ideen vom Zusammenhang zwischen Weltanschauung/Religion, ethischen Grundwerten und Politik